Ist Wehrstedt sportlichster Ort im Land?

Wehrstedt (rek). Die erste Hürde ist genommen: Wehrstedt bei Bad Salzdetfurth gehört zu den wenigen Teilnehmern, die an dem Wettbewerb „Sportlichster Ort Niedersachsen“ teilnehmen dürfen.

Der Fernsehsender Sat1“ und Lotto Niedersachsen suchten in ihrer Internet-Ausschreibung echte Sportskanonen oder verrückte Sportarten. Die Zuschauer konnten Vorschläge machen und ein Wehrstedt-Fan muss wohl auch dabei gewesen sein. Unter allen Empfehlungen wurden dann vier Orte ausgewählt, die jeweils freitags um 17.30 Uhr in Sat1 vorgestellt werden. Und Wehrstedt ist mit von der Partie. Daher wird am Freitag, 24. Juli, direkt aus dem Sportpark Wehrstedt gesendet, um den Niedersachsen vorzustellen, was hier sportlich abgeht.

„Geplant ist ein buntes Programm“, sagte gestern Stadtrat Thomas Kasten, der bereits mit den Wehrstedter Vereinsvorsitzenden und Spartenleitern den Fernsehauftritt plant. Auf dem Programm stehen verschiedene Aktionen zum Mitmachen bei den einzelnen Sportarten sowie eine musikalische Auswahl. „Es soll ein großes Fest für Groß und Klein werden“, verspricht Koordinator Kasten. Alle Bürgerinnen und Bürger seien aufgerufen, bei dieser Veranstaltung mit dabei zu sein. Und: Wer einen Beitrag leisten möchte, kann sich mit dem SV Wehrstedt oder der Sportvereinigung Eintracht Bad Salzdetfurth in Verbindung setzen. Entschieden, wer denn nun der sportlichste Ort Niedersachsens ist, wird dann vom 24. Juli an auf der Internetseite des Fernsehens. Es lohnt sich: Auf den Gewinner-Ort wartet ein Scheck über 5555 Euro für die Sportförderung.

EU-Zulassung sichert 100 Arbeitsplätze

Landschlachterei Hanke aus Rheden erfüllt Vorgaben aus Brüssel auf Anhieb / Kritik an Kosten und bürokratischem Aufwand

Rheden (pr). Die mehr als 100 Mitarbeiter der Landschlachterei Hanke können aufatmen. Das Rhedener Unternehmen hat gleich im ersten Anlauf die neue EU-Zulassung erhalten. Ohne das Güte-Siegel wäre der Betrieb in seiner Existenz gefährdet gewesen.

Gebannt blickt das Fleischerhandwerk auf den 1. Januar 2010. Denn von diesem Tag an dürfen nur noch Fachbetriebe mit einer EU-Zulassung Vieh schlachten. Doch damit nicht genug. Laut neuer Hygienevordnung aus Brüssel müssen dann auch diejenigen Fleischereien eine EU-Genehmigung vorlegen, die mehr als ein Drittel ihres Umsatzes in Filialen oder auf Wochenmärkten erzielen. So wie die Landschlachterei Hanke, die von Rheden aus 20 Zweigstellen beliefert. Ohne Zulassung hätte der Betrieb seinen Umsatz um 70 Prozent zurückfahren müssen: „Das hätte 100 Arbeitsplätze gekostet“, sagt Britta Hanke.

Glücklicherweise sei die Zulassung aber gleich im ersten Anlauf erteilt worden, was nur jedem dritten Schlachter in Niedersachsen auf Anhieb gelinge. Gleichwohl bedeuteten die verschärften EU-Regeln für das Familienunternehmen eine zusätzliche finanzielle Belastung und einen enormen bürokratischen Aufwand. „Das Ganze kostet uns eine Arbeitskraft und 1000 Euro zusätzlich“, sagt Fleischermeister Robin Hanke. Dieses Geld hätte der 30-Jährige lieber in eine neue Maschine gesteckt, um noch effektiver zu arbeiten. Doch offenbar genügten der EU die strengen deutschen Kontrollen nicht.

Die Landschlachterei Hanke hat die EU-Zulassung im ersten Anlauf erhalten. Das schaffen in Niedersachsen nur 30 Prozent. Foto: Rütters

Bislang müssen die Fleischereibetriebe täglich dokumentieren, wann und wo sie ihre Maschinen gereinigt haben. Zweimal am Tag überprüfen sie die Temperatur in der Kühlung und bescheinigen das mit einer Unterschrift. Zudem kontrollieren Mitarbeiter des Kreisveterinäramtes zweimal im Jahr, ob die hygienischen Verhältnisse den Vorschriften entsprechen. Die Prüfer kommen ohne Anmeldung, sie nehmen Proben mit, die in einem Labor untersucht werden. Obendrein schaut sich die Lebensmittelüberwachung des Landkreises regelmäßig die Produktionsräume des Firmenstammsitzes in Rheden an.

Die EU schreibt nun vor, dass Fleischereibetriebe künftig zusätzlich alle vier Monate jeweils zehn Proben von einem zugelassenen Labor testen lassen. Das allein wäre noch zu verkraften. Richtig aufwändig ist indessen die Vorgabe, dass jährlich sämtliche Wasserhähne und -zapfstellen eines fleischverarbeitenden Betriebes auf Keime und Bakterien untersucht werden müssen. In der Fleischerei Hanke sind das immerhin 54 an der Zahl. „Das nimmt locker zwei Tage Arbeit in Anspruch“, sagt Robin Hanke. Denn an jedem Wasserhahn müssen zunächst die Dichtungen entfernt werden, um ihn anschließend so zu erhitzen, das er steril ist. Danach, so die EU-Vorgabe, ist mindestens zehn Minuten das Wasser laufen zu lassen, erst dann darf die Probe entnommen werden. Stehen zum Beispiel die Anschlüsse für die Eismaschine oder die Kühlung zur Überprüfung an, müssen die Anlagen zuvor von der Wasserleitung getrennt werden. Das alles kostet natürlich Zeit und Geld und muss allein vom Betrieb finanziert werden.

Zwar ist nach den Worten Hankes eine Hygieneverordnung durchaus sinnvoll, da jeder Fleischer einwandfreie Qualität liefern möchte. Mit einigen Vorschriften wie der Wasserhahn-Kontrolle sei die EU aber deutlich über das Ziel hinausgeschossen.

Alles in allem müsse er eine zusätzliche Arbeitskraft für die Einhaltung und Überwachung der EU-Richtlinie abstellen: „Das belastet natürlich einen mittelständischen Betrieb, zumal wir händeringend Arbeitskräfte suchen“, sagt der Fleischermeister.

Zähes Ringen um zwei Tage

Söhlder liefert sich zermürbenden Schriftwechsel mit den Behörden um seinen Geburtstag

Söhlde (am). Reinhard Müller ist sich sicher, dass er am 12. Januar Geburtstag hat. Seit 57 Jahren ist das nun schon so. Doch von Amts wegen wird dieses Datum nun angezweifelt und er kann es nicht mit einer Urkunde belegen. Deshalb bekommt er keinen neuen Personalausweis.

Es war in den Vormittagsstunden des 12. Januar 1952, als die deutsche Brigitte Müller in einem Krankenhaus in Goldberg (heute Polen) einen gesunden Jungen zur Welt brachte. Fortan feierte die Familie am 12. Januar den Geburtstag ihres Sprösslings Reinhard. Der Junge besuchte in Thüringen die Schule, machte seinen Führerschein, leistete seinen Wehrdienst, heiratete, bekam Kinder und baute ein Haus. In all diesen Fällen des Lebens spielen auch Papiere eine Rolle, doch nie gab es Schwierigkeiten, obwohl der Mann seit jeher keine amtliche Geburtsbescheinigung vorlegen kann.

Jutta Müller hilft ihrem Mann Reinhard beim Kampf um einen neuen Personalausweis mit seinem richtigen Geburtsdatum. Foto: Mawede

Aber er besitzt einen Auszug aus dem Goldberger Geburtenregister. Darin steht, dass er am 14. Januar 1952 das Licht der Welt erblickte, auf seiner Taufbescheinigung allerdings ist der 12. Januar vermerkt, der Tag, an dem Müller tatsächlich Geburtstag feiert. Aber zum einen gelten kirchliche Bescheinigungen nicht als Dokument, und zum anderen ist dieses Datum einst ganz offensichtlich nach einem Zahlendreher (21.) korrigiert worden. Ist es deshalb ungültig?

„Mein ganzes Leben basiert auf dem 12. Januar“, sagt Reinhard Müller. Und weil das auch so bleiben soll, hat Müller mächtig Probleme. Im November des vergangenen Jahres beantragten er und seine Ehefrau Jutta Müller bei der Gemeinde Söhlde neue Personalausweise. Das Paar bezahlte die Gebühr und wartete auf die Benachrichtigung. Auf Nachfrage habe Reinhard Müller erfahren, dass er seinen Ausweis nur bekäme, wenn er auf den 14. Januar, entsprechend dem Geburtenregister, datiert würde. „Das werde ich nie tun“, sagt Müller bestimmt. Über Jahre habe es keine Probleme mit den Papieren gegeben und jetzt auf einmal so etwas.

„Früher reichte mitunter der alte Personalausweis aus, um einen neuen zu beantragen“, erklärt Gemeindebürgermeister Reiner Bender. Obwohl schon damals vorgeschrieben war, dass die Geburtsurkunde vorliegen müsse, ging man vor den Anschlägen vom 11. September 2001 mit dieser Vorschrift laxer um. Diese Zeiten seien passé.

Also schilderte Jutta Müller in ihrer Hilflosigkeit einem Rechtsanwalt die Problematik. Der aber sah keine Möglichkeit zu helfen. Also wandte sie sich an die polnischen Ämter. „Dort bestätigte man uns den Standesamtsauszug, das war ja eigentlich klar“, sagt sie. Die Söhlderin wandte sich an den Landkreis, dort erfuhr sie, dass eine Korrektur nur direkt in Polen vorgenommen werden könnte. Um einen anderen Weg zu finden, rief sie beim Bund der Vertriebenen an, der sie an die schlesische Landsmannschaft verwies. Die riet ihr, sich einen Anwalt in Polen zu nehmen und diesen mit Nachforschungen zu beauftragen. „Der wollte einen Stundensatz von 150 Euro. Eine Erfolgsgarantie konnte er selbstverständlich nicht geben“, berichtet Jutta Müller.

Der Verzweiflung nahe bat sie das Amtsgericht um Hilfe. „Dort half man uns freundlich weiter und forderte eine Stellungnahme vom Landkreis an“, berichtet Müller.

Darin heißt es, dass man glaube, dass Müller von der Richtigkeit seines Geburtsdatums sicher überzeugt sei, dass es an der Richtigkeit jedoch von amtswegen Zweifel gebe. Angeführt wird unter anderem die Korrektur auf der Taufbescheinigung. Zudem gebe es „gewisse Zweifel an der Sachverhaltsschilderung der Eltern“.

„Dabei hat meine Mutter im März eine eidesstattliche Erklärung abgegeben“, regt sich Müller auf. Wenn er nun das andere Datum akzeptiere, stünde seine Mutter doch als Lügnerin da. In seiner Stellungnahme an das Gericht formuliert Müller schließlich auch die Frage, die ihn umtreibt: „Warum sollte ich bei meinem Geburtsdatum lügen, was hätte ich davon?“

Nach dem Personenstandsgesetz darf auch ein Geburtsdatum korrigiert werden. Dies liegt in der Zuständigkeit des zuständigen Standesamtes. Gibt es aber Unstimmigkeiten, so kann das Amtsgericht eingeschaltet werden. „Nach Prüfung der Stellungnahmen kann das Gericht eine Änderung anordnen“, sagt Gerichtssprecher Bernd Pingel.

Ob das bei Reinhard Müller der Fall sein wird, ist noch ungewiss. Sicher ist, dass die Belastung ihm und seiner Frau nicht nur nervlich sehr zusetzt. „Ich konnte keinen Lastwagen leihen, um Möbel zu transportieren, und nicht an der Europawahl teilnehmen“, sagt Reinhard Müller.

An der Bundestagswahl im September, so hofft er, werde er wieder sein Kreuzchen machen dürfen. Mit seinem gültigen Personalausweis, ausgestellt auf das Geburtsdatum: 12. Januar 1952.

Sie wollen keine Megamasten

Ob Hochwasserschutz, Mastställe, Genmais oder Megamasten: Immer mehr Menschen mischen sich ein, wenn ihnen etwas gegen den Strich geht. In einer neuen Serie stellt die HAZ Bürgerinitiativen aus der Region vor.

Bockenem (wü). Es ist ein idyllisches Fleckchen Erde. Malerische Dörfer, umgeben von sanft geschwungenen Hügeln und dichten Wäldern. Der Ambergau bei Bockenem gilt als Perle der Natur. Doch viele Menschen in dem Tal befürchten, dass der Reiz der Landschaft bald der Vergangenheit angehört. In fünf, sechs Jahren könnten gigantische Strommasten das schöne Bild zunichte machen.

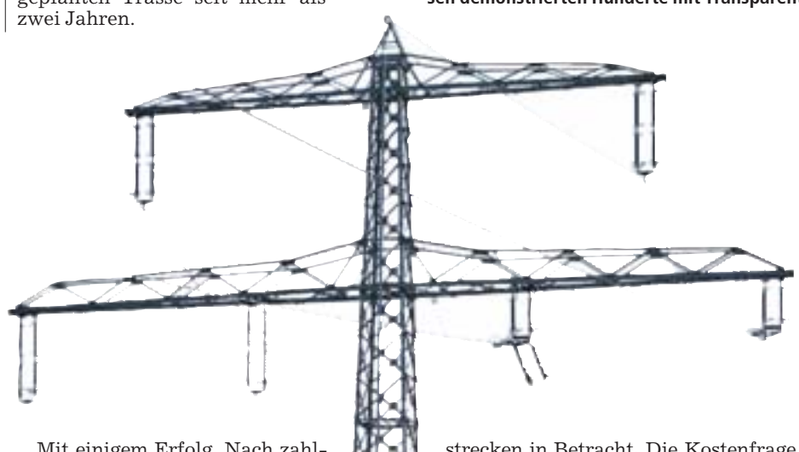
An der östlichen Grenze des Landkreises sind die Menschen in Aufruhr. Seit bekannt ist, dass der Energiekonzern e.on eine 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitung durch ihre Gemeinden ziehen will, regt sich allerorten Protest gegen das 200 Millionen Euro teure Projekt. Vor allem im Raum Bockenem. Kein Wunder. Die von e.on favorisierte Vorzugstrasse verläuft aus Richtung Norden parallel zur Autobahn 7. Bei Volkersheim schwenkt sie nach Osten und führt in nur 300 Metern Abstand an Mahlum, Ortshausen und Jerze vorbei.

e.on hatte wohl kaum mit solch erbittertem Widerstand gerechnet. Ende März 2007 bekamen die Bockenemer erstmals Wind von den Plänen. Vier Tage später gründete sich die Bürgerinitiative (BI) „Der Ambergau wehrt sich“, und keine drei Wochen brauchten die Aktivisten, um mehr als 5000 Unterschriften gegen den Bau der bis zu 70 Meter hohen Strommasten zu sammeln. Die Protestlawine war losgetreten.

Die Megamasten-Gegner aus dem Ambergau sind die Keimzelle einer immer größer werdenden Widerstandsbewegung im Landkreis Hildesheim. Ob im Osten in Holle, Söhlde, Lamspringe und Bodenburg oder im Westen in Nordstemmen, Elze, Gronau und Alfeld: Niemand will die stählernen Riesen vor seiner Haustür haben, mit allen von den Bürgerinitiativen befürchteten Nebenwirkungen: Elektrosmog, sinkende Grundstückspreise, Verschandelung der Landschaft.

„Wir können uns das einfach nicht gefallen lassen“, sagt Rainer Block, einer der Sprecher der BI „Der Ambergau wehrt sich“. Sie ist ja nicht aus Prinzip gegen eine neue Hochspannungsleitung, die den Strom von der Küste in den Süden der Republik transportieren soll. „Aber bitteschön unter der Erde“, sagt Block. Dafür streiten die mittlerweile 16 Bürgerinitiativen entlang der zwischen Niedersachsen und Nordhessen geplanten Trasse seit mehr als zwei Jahren.

Protest gegen die Megamasten: Im Juni 2007 bekam auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (unten links) den Zorn der Bürgerinitiative „Der Ambergau wehrt sich“ zu spüren. In Seesen demonstrierten Hunderte mit Transparenten und Trillerpfeifen. Archivfoto: Wünsche



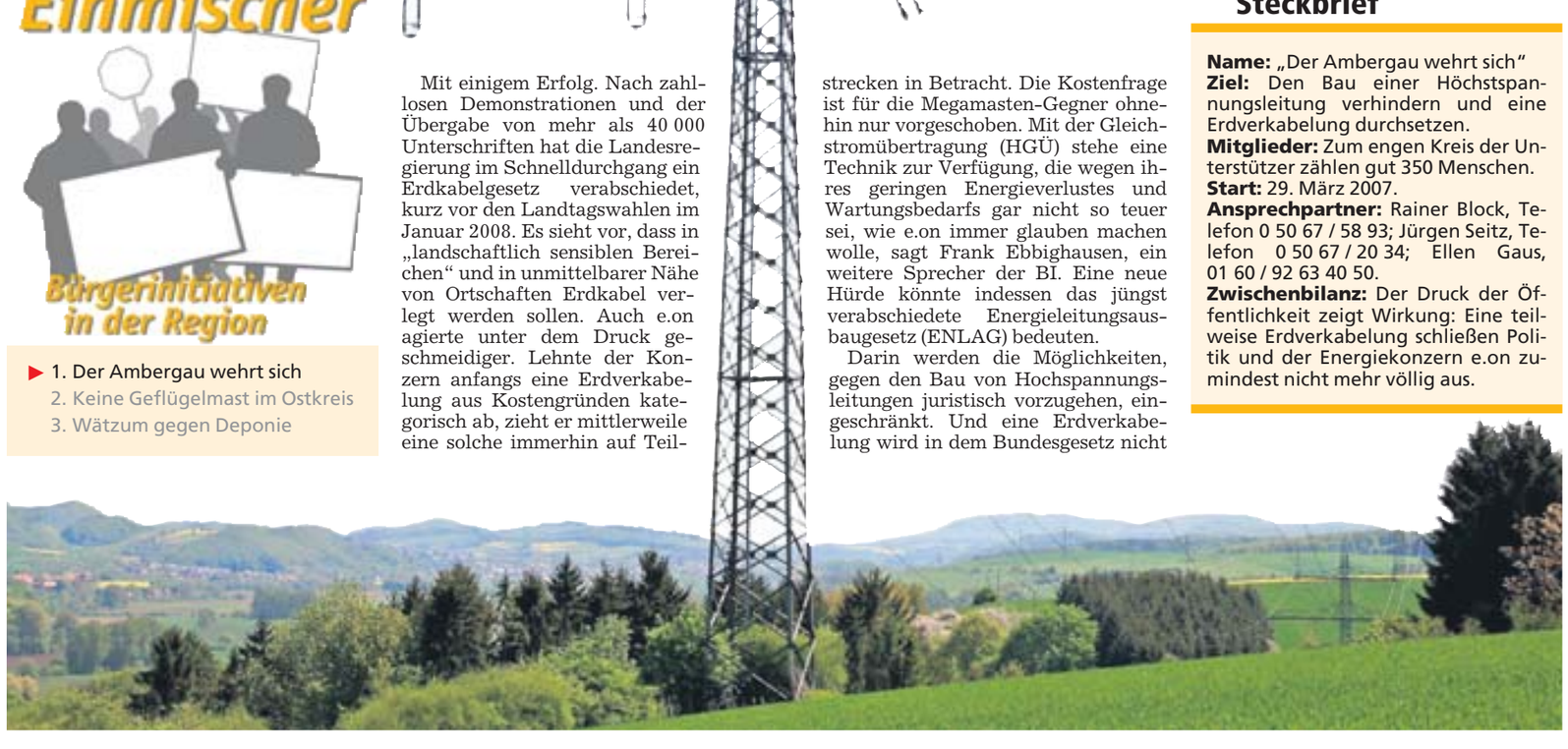
Mit einigem Erfolg. Nach zahllosen Demonstrationen und der Übergabe von mehr als 40 000 Unterschriften hat die Landesregierung im Schnelldurchgang ein Erdkabelgesetz verabschiedet, kurz vor den Landtagswahlen im Januar 2008. Es sieht vor, dass in „landschaftlich sensiblen Bereichen“ und in unmittelbarer Nähe von Ortschaften Erdkabel verlegt werden sollen. Auch e.on agierte unter dem Druck geschmeidiger. Lehnte der Konzern anfangs eine Erdverkabelung aus Kostengründen kategorisch ab, zieht er mittlerweile eine solche immerhin auf Teilstrecken in Betracht. Die Kostenfrage ist für die Megamasten-Gegner ohnehin nur vorgeschoben. Mit der Gleichstromübertragung (HGÜ) stehe eine Technik zur Verfügung, die wegen ihres geringen Energieverlustes und Wartungsbedarfs gar nicht so teuer sei, wie e.on immer glauben machen wolle, sagt Frank Ebbighausen, ein weitere Sprecher der BI. Eine neue Hürde könnte indessen das jüngst verabschiedete Energieleitungsausbaugesetz (ENLAG) bedeuten.

Darin werden die Möglichkeiten, gegen den Bau von Hochspannungsleitungen juristisch vorzugehen, eingeschränkt. Und eine Erdverkabelung wird in dem Bundesgesetz nicht verbindlich vorgeschrieben, sondern lediglich als mögliche Option genannt. Der Kampf der Bürgerinitiative gegen die e.on-Pläne ist noch lange nicht ausgefochten, da ist sich Rainer Block sicher. Welche der insgesamt vier möglichen Trassen letztendlich durch den Landkreis führen wird, entscheidet sich wohl erst zum Jahresende.

Unterschätzen sollten Politiker und die Manager des Energiekonzerns die Entschlossenheit der Megamasten-Gegner in keinem Fall. „Wir werden nicht locker lassen“, verspricht Block.

Steckbrief

Name: „Der Ambergau wehrt sich“
Ziel: Den Bau einer Höchstspannungsleitung verhindern und eine Erdverkabelung durchsetzen.
Mitglieder: Zum engen Kreis der Unterstützer zählen gut 350 Menschen.
Start: 29. März 2007.
Ansprechpartner: Rainer Block, Telefon 0 50 67 / 58 93; Jürgen Seitz, Telefon 0 50 67 / 20 34; Ellen Gaus, 01 60 / 92 63 40 50.
Zwischenbilanz: Der Druck der Öffentlichkeit zeigt Wirkung: Eine teilweise Erdverkabelung schließen Politik und der Energiekonzern e.on zumindest nicht mehr völlig aus.



Die Einmischer

Bürgerinitiativen in der Region

▶ 1. Der Ambergau wehrt sich
2. Keine Geflügelmast im Ostkreis
3. Wätzum gegen Deponie